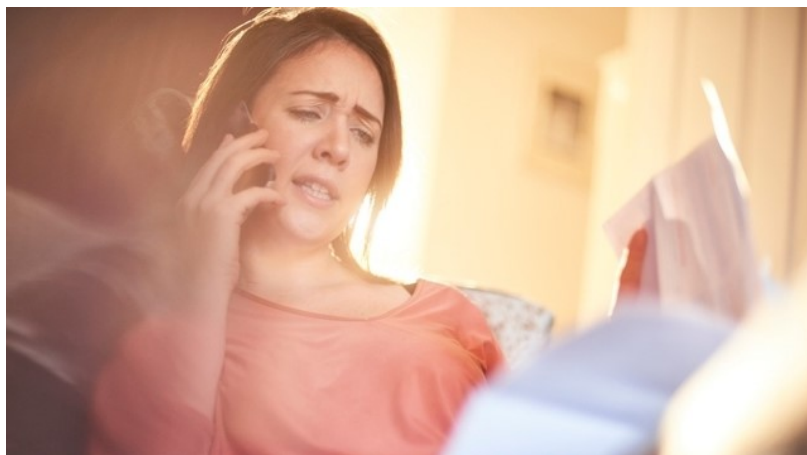


Hier bekommen Sie gratis juristischen Rat

Wer einfache Fragen zum Miet-, Familien- oder Arbeitsrecht hat, kann sich oft unentgeltlich beraten lassen. Eine Übersicht der Angebote.



Der Beizug einer Fachperson bei juristischen Fragestellungen kann im Alltag oft hilfreich sein. Foto: iStock

In der telefonischen Beratung gibt allein die Coop-Rechtsschutzversicherung jährlich mehr als 30'000-mal Auskunft. Oft geht es dabei um Fragen, die Juristen innert weniger Minuten klären können. Die vom Detailhändler Coop unabhängige Rechtsschutzversicherung ist überzeugt, dass es für aussergerichtliche lösbare juristische Probleme einen Markt gibt, und eröffnete kürzlich mit dem Tochterunternehmen Ylex eine erste Filiale in Bern. Bald folgen weitere Niederlassungen in Zürich, Winterthur und St. Gallen. Da rund die Hälfte aller Schweizer Haushalte keine Rechtsschutzversicherung hat, dürfte es dafür eine bedeutende Nachfrage geben.

Die Nische, auf welche Ylex zielt, ist allerdings nicht neu. Längst tummeln sich hier etliche Anbieter. Die folgende Auswahl gibt einen Überblick über verschiedene Kategorien von niederschwelliger Rechtsberatung mit ihren jeweiligen Vor- und Nachteilen.

Staatliche Stellen müssen Auskünfte erteilen

Gerichte oder Behörden sind gesetzlich verpflichtet, gewisse Rechtsauskünfte zu erteilen. So schreibt beispielsweise das Obligationenrecht schweizweit vor, dass staatliche Stellen eine unentgeltliche Beratung im Mietrecht anbieten. Wer im Internet nach unentgeltlicher Rechtsauskunft im eigenen Kanton sucht, wird rasch fündig. Im Kanton Bern übernehmen die Schlichtungsbehörden diese Aufgabe, im Kanton Zürich die Bezirksgerichte.

In der Stadt Bern geben Juristen zum Mietrecht, zum Arbeitsrecht und zu Gleichstellungsfragen persönlich wie auch telefonisch Auskunft. In der Stadt Zürich erhalten Interessierte Auskünfte zu den Themen Mietrecht, Arbeitsrecht und Familienrecht. Das Gericht in Basel-Stadt beantwortet «allgemeine zivilrechtliche Fragen».

Bei Gerichten und Behörden kostet die Rechtsauskunft nichts. Wer einfache Fragen hat oder eine erste Einschätzung sucht, ist hier gut aufgehoben. Für kompliziertere Fälle ist dies jedoch die falsche Adresse. Auch zu hängigen Gerichtsverfahren werden keine Fragen beantwortet. In der Regel ist die Beratung auf 15, 20 oder 30 Minuten beschränkt.

**Bei Gerichten und Behörden
kostet die Auskunft nichts. Es**

Bernhard Kislig
Redaktor Wirtschaft
@berrkii

Artikel zum Thema

Wie finde ich einen guten Anwalt?



Es ist nicht einfach, bei juristischen Problemen eine kompetente Rechtsberatung zu finden. Was man beachten sollte. [Mehr...](#)
ABO+ Bernhard Kislig. 17.06.2019

Weniger geerbt als der Bruder? So kommt man zu seinem Recht

Erbschaften führen häufig zu Streit. Mit diesen Hilfsmitteln können sich benachteiligte Nachkommen wehren. [Mehr...](#)
ABO+ Andrea Fischer. 06.05.2019

So läuft eine Scheidung ab

Interview Anwältin Carmen Rosat sagt, wann man einen Anwalt braucht, welche Art von Scheidung am günstigsten ist – und warum sich Egoismus nicht lohnt. [Mehr...](#)
ABO+ Rahel Guggisberg. 20.09.2019

Die Redaktion auf Twitter

Stets informiert und aktuell. Folgen Sie uns auf dem Kurznachrichtendienst.

@tagesanzeiger folgen

werden aber nur einfache Fragen beantwortet.

Manche Stellen betonen, es gebe nur eine Auskunft zum prozessrechtlichen Vorgehen und keine inhaltliche Beratung. Es darf auch keine Unterstützung beim Verfassen eines Schreibens erwartet werden – wobei von Ausnahmen zu hören ist. Die Öffnungszeiten sind nicht angestelltenfreundlich und verteilen sich auf die Bürozeiten an Werktagen. Das Bezirksgericht Zürich erteilt keine telefonischen Auskünfte, weshalb vor Ort mit längeren Wartezeiten zu rechnen ist.

Die kantonalen Anwaltsverbände erteilen ebenfalls Rechtsauskünfte. Deren Mitglieder stellen ihr Fachwissen im Turnus zur Verfügung. In grösseren Kantonen geschieht dies über verschiedene regionale Stellen.

WERBUNG



inRead invented by Teads

Wie bei Gerichten und Behörden ist die Beratungszeit bei den Anwaltsverbänden limitiert, meist auf 15 oder 20 Minuten. Ein Aktenstudium ist kaum möglich. Anders als bei Gerichten und Behörden können Interessierte hier aber Fragen zu allen Rechtsgebieten stellen. Die Zuteilung des Juristen ist aber oft eine Glückssache: Wer mit seinem familienrechtlichen Problem zu einem Strafrechtsexperten kommt, erhält vermutlich nicht die kompetenteste Antwort. Oft finden die Sprechstunden der Anwaltsverbände nach Feierabend statt. Das Angebot ist manchmal gratis. In Basel-Stadt wird ein Unkostenbeitrag von 10 und in Bern von bis zu 50 Franken verlangt.

Exklusive Hilfe für Verbandsmitglieder

Etliche Verbände unterstützen ihre Mitglieder, wenn diese mit rechtlichen Fragen Probleme haben. Beim Mieterverband erhalten Mitglieder gratis Rechtsauskünfte, während Nichtmitglieder dafür bezahlen müssen. Die Gewerkschaft Unia geht weiter. Ihre Mitglieder haben bei arbeitsrechtlichen Fragen nicht nur Anspruch auf Beratung, sondern auch auf einen Rechtsschutz. Sie stellt im Streitfall auch kostenlos Anwälte zur Verfügung, die notfalls vor Gericht prozessieren.

Bei Interessenverbänden erhalten Mitglieder Auskunft von spezialisierten Experten, die im Fall eines Gerichtsverfahrens auch kompetente Anwälte empfehlen können. Dafür entrichten sie einen Beitrag. Beim Mieterverband liegt er je nach Sektion bei jährlich rund 100 Franken, bei der Gewerkschaft Unia ist es etwa ein Prozent des Gehalts. Da Verbände jedoch nur ein Rechtsgebiet abdecken, erhalten Ratsuchende hier längst nicht in jedem Fall Unterstützung.

**Da Verbände nur ein
Rechtsgebiet abdecken, erhalten
Ratsuchende hier längst nicht in
jedem Fall Unterstützung.**

Ein Abonnement der Zeitschriften «Beobachter» und «K-Tipp» beinhaltet eine Rechtsberatung per Telefon oder E-Mail. Der «Beobachter» bietet eine Auswahl an

mehreren Telefon-Hotlines, gegliedert nach Themen wie beispielsweise Arbeit oder Wohnen. Hinzu kommt die Datenbank [Guider.ch](#), die Zugriff auf Rechtsfragen, Merkblätter, Musterbriefe und mehr ermöglicht. Auch bei der Suche nach einem passenden Anwalt oder einer Anwältin gibt es Unterstützung. Beim «K-Tipp» geben zehn Juristinnen und Juristen täglich von 9 bis 13 Uhr Auskunft. Diese Zeitung beantwortet ausgewählte Rechtsfragen von Lesern, die alle zwei Wochen veröffentlicht werden.

Mit den Zeitschriftenabos erhalten Leserinnen und Leser zu einem vergleichsweise günstigen Preis Zugang zu Beratung in einer breiten Auswahl an Rechtsgebieten. Beim «K-Tipp» kostet ein Jahresabo 37.35 Franken, beim «Beobachter» 129 Franken. Doch auch hier gilt: Die Auskünfte beschränken sich auf einfache Hilfestellungen. Zudem kann es sein, dass die Hotline während gewisser Zeiten ausgelastet und schwer erreichbar ist.

Vorsicht beim Preisvergleich

Wer im Internet sucht, findet eine breite Palette an unterschiedlichen Angeboten. Manches davon ist sogar gratis, wie bei der Plattform [Unentgeltliche-rechtsauskunft.ch](#). Diese hat den Vorteil, dass Anwälte nach Rechtsgebieten und sogar Fremdsprachenkenntnissen ausgewählt werden können. Doch die Auswahl an Anwälten dürfte hier grösser sein, und die kostenlose Erstberatung von 15 Minuten dient nicht zuletzt dem persönlichen Marketing.

Für Laien ist es schwierig, die Fachkompetenz zu beurteilen. Konsumenten sollten aber auch die Preistransparenz prüfen. Wenn Preise «ab» einem bestimmten Betrag deklariert werden, kann es teurer werden. Transparenter ist die erwähnte Ylex. Sie verlangt 60 Franken für die Erstberatung, 100 Franken für eine Auslegeordnung der Optionen und weitere 100 Franken für eine kleinere Intervention wie das Schreiben eines Briefs.

Erstellt: 30.09.2019, 12:16 Uhr

Ist dieser Artikel lesenswert?

Ja

Nein